

Antrag	Datum: 17.11.2010	
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ... Sonderschutzplan für Transportunfälle mit hochradioaktiven Stoffen		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
01.12.2010	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. beim Bundesministerium des Innern sowie beim Innenministerium des Landes M-V genaue Informationen über die Bewegung hochradioaktiver Stoffe auf Straßen, Gleisen und Wasserwegen innerhalb des Stadtgebiets der Hansestadt Rostock unverzüglich einzuholen,
2. dort, wo die Hansestadt Rostock zur Abwehr eigener Aufgaben bzw. der damit verbundenen Gefahrenabwehr auf Informationen angewiesen ist, im Wege der Amtshilfe auch Informationshilfe gem. § 5 Abs. 1 Pkt. 3 VwVfG M-V bei den zuständigen Behörden einzuholen, dabei steht insbesondere der Schutz der Bevölkerung im Havariefall mit hochradioaktiven Stoffen, insbesondere im Trinkwassereinzugsgebiet der Hansestadt Rostock, im Mittelpunkt,
3. die Bürgerschaft über die Ergebnisse zeitnah zu informieren,
4. nach Auswertung der eingeholten Informationen und bei Nachweis eines besonderen Bedarfs einen Sonderschutzplan für Transportunfälle mit hochradioaktiven Stoffen für die Hansestadt Rostock unverzüglich zu erarbeiten und umzusetzen.

Sachverhalt:

Nach 2010/AM/1629-01 (SN) in Verbindung mit 2010/AM/1475-01 (SN) liegen der Hansestadt Rostock weder genaue Informationen über Transportbewegungen hochradioaktiver Stoffe innerhalb des Stadtgebietes vor, noch ist ein Sonderschutzplan für Transportunfälle mit hochradioaktiven Stoffen ausgearbeitet. Möglicherweise ergibt sich nach Auswertung der eingeholten Informationen beim Bundesministerium des Inneren und beim Innenministerium des Landes M-V Bedarf nach einem solchen Sonderschutzplan für Transportunfälle mit hochradioaktiven Stoffen. In diesem Fall ist ein solcher unverzüglich auszuarbeiten und umzusetzen. Dabei ist der besonderen Bedeutung des Überseehafens in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauung und touristischen Erholungsgebieten (Seebäder, Rostocker Heide etc.) Rechnung zu tragen.

.....
Johann-Georg Jaeger
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN